

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid

am 22.02.2016

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsfrau Ursula Meyer
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

Vertreter für Ratsherrn Rüdiger König

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer

anwesend bis Tagesordnungspunkt 2
der nicht öffentlichen Sitzung

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

anwesend bis Tagesordnungspunkt 1
der nicht öffentlichen Sitzung

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Beigeordneter Thomas Ruschin

Herr Martin Bärwolf

Herr Matthias Reuver

Frau Petra Noack

Herr Sven Haarhaus

Herr Edgar Weinert

Frau Brigitte Linnepe

Frau Christina Padovano, Personalrat

Frau Christin Spangenberg, Personalrat

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Rüdiger König

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 20:12 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2016; Zusammenlegung der Fachdienste Personal und Organisation und IT

Nach Vortrag von Ratsherrn Fröhling teilt Ratsherr Voß mit, dass sich die SPD-Fraktion ebenfalls vorstellen könne, die Fachdienstleistungsstelle zukünftig einzusparen. Es bestünde aber keine Eile, da zunächst die Wiederbesetzungssperre für ein halbes Jahr greife. Er schlägt daher vor, zunächst den Antrag der CDU-Fraktion durch die Verwaltung prüfen zu lassen. Ebenfalls solle geprüft werden, ob es gegebenenfalls sinnvoller sei, eine Trennung des Fachdienstes nach IT und Organisation und eine entsprechende Zuordnung auf zwei geeignete Fachdienste vorzunehmen. Die Prüfung solle durch die Örtliche Rechnungsprüfung erfolgen.

Ratsherr Fröhling erklärt, dass sich die CDU-Fraktion diesem Vorschlag anschließen könne. Ziel müsse aber bleiben, eine Fachdienstleitungsstelle einzusparen. Nach Vorlage des Prüfungsergebnisses könne dann eine Entscheidung im Hauptausschuss/Rat herbeigeführt werden.

Ratsherr Thomas-Lienkämper spricht sich gegen eine bereits jetzige Festlegung der Streichung der Fachdienstleitungsstelle aus. In diesem Fall könne er dem Prüfantrag nicht zustimmen.

Ratsherr Fröhling macht deutlich, dass die Stelleneinsparung Ziel des Prüfantrages bleiben müsse.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den geänderten Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt diesem Prüfauftrag bei zwei Gegenstimmen von Ratsherrn Thomas-Lienkämper und Bürgermeister Dzewas zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 2

3. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: 202/2015

3.1. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 / 1. Ergänzung Vorlage: 202/2015/1

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan 2016 wird mit den Änderungen, die sich aus der Ergänzungsvorlage ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 7

Im weiteren Verlauf der Sitzung hat der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid unter dem Tagesordnungspunkt 6 „Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.02.2016 zu den Tagesordnungspunkten „Haushaltssatzung und Haushaltsplan (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) sowie „Änderung der Hebesatzung“ den Wegfall der HSK-Maßnahme Nr. 104 - Personalreduzierung schulpsychologische Beratungsstelle: Wegfall der Kürzung von 32.750 € - mit Stimmenmehrheit beschlossen.

**4. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.02.2016;
Abänderung des Verwaltungsvorschlags zum Entwurf des Haushaltsplanes
2016 und die dort vorgeschlagenen Hebesatzerhöhungen bei der Grund-
und Gewerbesteuer**

Nach kontroverser Diskussion lehnt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid den Antrag der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 14

**5. Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2016; Abänderung des „Ampel-
Antrags“ zur Kürzung der HSK-Maßnahme Nr. 154a (Zuschüsse für Kinder-
und Jugendfreizeiten)**

Ratsherr Fröhling begründet zunächst den Antrag der CDU-Fraktion.

Ratsherr Voß schlägt vor, dass die Verwaltung zunächst prüfen möge, welche Summe von den freien Trägern tatsächlich beantragt worden sei. Eine entsprechende Entscheidung könne dann in der Sitzung des Rates am 07.03.2016 getroffen werden.

Ratsherr Bodenheimer führt aus, dass der Haushaltsentwurf inklusive der HSK-Maßnahmen seit der Ratssitzung am 07.12.2015 vorläge. Im Vorfeld der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu den Haushaltsberatungen sei durch die freien Träger keine Kontaktaufnahme aufgrund der geplanten Kürzungen erfolgt. Er schlage daher vor, den Antrag der CDU-Fraktion bis zur Sitzung des Rates am 07.03.2016 zurückzustellen. Bis zu diesem Zeitpunkt müssten entsprechende Stellungnahmen der freien Träger vorliegen. In diesem Fall habe er bei entsprechenden Deckungsvorschlägen keine Bedenken, die Kürzungen für ein Jahr rückgängig zu machen.

Ratsherr Holzrichter spricht sich ebenfalls für eine teilweise Rücknahme der Kürzungen für das Jahr 2016 aus. Ab 2017 müssten diese Kürzungen aber Bestand haben.

Die Fraktion DIE LINKE. stimmt dieser Vorgehensweise lt. Ratsherrn Thomas-Lienkämper ebenfalls zu.

Bürgermeister Dzewas fasst zusammen, dass der Antrag bis zur Sitzung des Rates am 07.03.2016 zurückgestellt und bis zu diesem Zeitpunkt das exakte Zahlenmaterial durch den zuständigen Fachdienst ermittelt werde, um eine Lösung für das Haushaltsjahr 2016 herbeizuführen.

Die CDU-Fraktion stimmt dieser Vorgehensweise zu.

**6. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 18.02.2016 zu den Tagesordnungspunkten „Haushaltssatzung und
Haushaltsplan (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) sowie
„Änderung der Hebesatzsatzung“**

Nach weiterer überwiegend gegensätzlicher Diskussion zwischen der CDU-Fraktion und den Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP teilt Ratsherr Fröhling mit, dass die CDU-Fraktion den Punkten 1 - 3 des Antrags sowie dem Punkt 5 in Teilen zustimmen könne.

Ratsherr Holzrichter schlägt darauf hin vor, über die einzelnen Punkte des Antrags getrennt abstimmen zu lassen.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas einzeln über die Punkte des gemeinsamen Antrags der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP jeweils zu den Tagesordnungspunkten „Haushaltssatzung und Haushaltsplan (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)“ sowie „Änderung der Hebesatzsatzung“ für den Hauptausschuss am 22.02.2016 und den Rat am 07.03.2016 abstimmen.

Beschlüsse:

1.) Punkt 1 „Bundeshilfe bei der Umsatzsteuer“

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Punkt 1 des Antrags bei vier Gegenstimmen der Ratsherren Weiß, Thomas-Lienkämper und Oettinghaus sowie Bürgermeister Dzewas zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	4

2.) Punkt 2 „Zinsprognose“

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Punkt 2 des Antrags bei vier Gegenstimmen der Ratsherren Weiß, Thomas-Lienkämper und Oettinghaus sowie Bürgermeister Dzewas zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	4

3.) Punkt 3 „Jahresabschluss 2015“

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Punkt 3 des Antrags bei drei Gegenstimmen der Ratsherren Weiß, Thomas-Lienkämper und Oettinghaus sowie bei einer Enthaltung von Bürgermeister Dzewas zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1

4.) Punkt 4 „Staffelung der Steuererhöhungen“

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Punkt 4 des Antrags bei acht Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der Ratsherren Thomas-Lienkämper und Oettinghaus sowie bei einer Enthaltung von Bürgermeister Dzewas zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	1

5.) Punkt 5 „Beratungen in den Ausschüssen“

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Punkt 5 – **ausgenommen des Punktes e) HSK-Maßnahme Nr. 154 a – Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten: Wegfall der Kürzung von 20.000 Euro** (siehe hierzu: Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung „Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2016; Abänderung des „Ampel-Antrags“ zur Kürzung der HSK-Maßnahme Nr. 154 a“ - bei einer Enthaltung von Bürgermeister Dzewas zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Enthaltungen:	1

7. Mündlicher Antrag der FDP-Fraktion zu den Tagesordnungspunkten Haushaltssatzung und Hebesatzsatzung

Ratsherr Holzrichter stellt für die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

„Das „Integrierte Handlungskonzept Altstadt“ wird aufgegeben.
Die hierfür angesetzte Erhöhung der Grundsteuer B um 28 Prozentpunkte wird zurückgenommen.“

Bürgermeister Dzewas lässt über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag mit Stimmenmehrheit ab

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	18

8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) Vorlage: 026/2016

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt **unter Berücksichtigung sämtlicher in der heutigen Sitzung beschlossener Änderungen, die sich aufgrund der eingereichten Anträge der Fraktionen ergeben haben**, bei acht Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der Ratsherren Thomas-Lienkämper und Oettinghaus folgenden

abweichenden Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 in der für 2016 fortgeschriebenen Fassung werden **mit den beschlossenen Änderungen** beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 8

9. Änderung der Hebesatzsatzung gemäß Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes Vorlage: 027/2016

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt **unter Berücksichtigung sämtlicher in der heutigen Sitzung beschlossener Änderungen, die sich aufgrund der eingereichten Anträge der Fraktionen ergeben haben**, bei acht Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der Ratsherren Thomas-Lienkämper und Oettinghaus folgenden

abweichenden Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Gemeindesteuern in der Stadt Lüdenscheid wird **mit den beschlossenen Änderungen** beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 8

10. Rechtsschutz für Beschäftigte Vorlage: 020/2016

Ratsherr Fröhling führt aus, dass für die CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar sei, welche Notwendigkeit dieser Rechtsschutz für die Stadt Lüdenscheid habe. Des Weiteren würde sie interessieren, ob in den letzten drei bis vier Jahren ein solcher Rechtsschutz erforderlich gewesen und es aufgrund des Nichtvorhandenseins zu Problemen gekommen sei.

Bürgermeister Dzewas sagt eine entsprechende Prüfung und Berichterstattung für die Sitzung des Rates am 07.03.2016 zu. Er schlägt vor, die Vorlage bis zu dieser Sitzung zurückzustellen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen dem zu.

11. Antrag der Fraktion Alternative für Lüdenscheid; Ersatzlose Abschaffung der Wertstoffsammelstelle Ecke Richardstraße/Brüderstraße

Ratsherr Oettinghaus trägt den Antrag der Fraktion Alternative für Lüdenscheid vor.

Die übrigen Mitglieder des Hauptausschusses stimmen dem Antrag nicht zu und begründen dies unter anderem damit, dass eine Abschaffung der Wertstoffsammelstelle nur zu einer Verlagerung der Vermüllung führen werde.

Nach weiterer Diskussion lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 19

12. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

12.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

12.2. Beantwortung von Anfragen

12.2.1. Müll in der Brüderstraße

Die Beantwortung der Anfrage der Ratsfrau Oettinghaus in der öffentlichen Sitzung des Rates am 01.02.2016 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

12.3. Anfragen

12.3.1. Fahrbahnmarkierungen in der Glatzer Straße

Ratsherr Dudas fragt an, warum nach der Erneuerung der Fahrbahndecke in der Glatzer Straße in Höhe des Hit-Marktes neben den weißen auch noch die gelben Fahrbahnmarkierungen vorhanden seien.

Ratsfrau Hertes teilt hierzu mit, dass dies auch schon Thema in der letzten Sitzung des STL Werksausschusses gewesen sei. An den Fahrbahnstellen, an denen gelben Markierungen vorhanden seien, sei der Asphalt nicht einwandfrei aufgebracht worden. Die ausführende Baufirma würde in diesen Bereichen, sobald die Wetterlage es zuließe, nachbessern.

12.3.2. Mandatos

Ratsherr Breucker berichtet über Probleme bei der Mandatos-Anwendung.

Dies könne unter anderem auch im Zusammenhang mit der vergleichsweise schnellen Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte durch den Bürgermeister stehen.

Er frage daher an, ob vor der Sommerpause ein Erfahrungsaustausch der Teilnehmer an der digitalen Ratsarbeit eingerichtet werden könne.

Bürgermeister Dzewas antwortet, dass dieser Punkt zunächst in den Fraktionen besprochen werden solle. Im Anschluss könne dieses Thema zunächst in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung erörtert werden. Ggf. könne sich daran ein Workshop anschließen.

12.3.3. Geänderte Vorfahrtsregelung Glatzer Straße/Königsberger Straße

Ratsherr Haase fragt an, aus welchem Grund die Vorfahrtsregelung Glatzer Straße/Königsberger Straße geändert worden sei.

Ratsherr Holzrichter, Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses antwortet, dass die Vorfahrtregelung aufgrund einer Bitte der MVG geändert worden sei, da die Königsberger Straße durch die Busfahrer/-innen, die die Glatzer Straße aus Richtung Honseler Bruch befahren würden, nur schwer einsehbar gewesen sei. Darüber hinaus würde die neue

Regelung dazu beitragen, dass die Fahrer/-innen, die mit unangemessenem Tempo aus der Königsberger Straße kämen, nun aufgrund der Beachtung der Vorfahrt abbremsen müssten.

gez. Dieter Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin